Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 63 (1984)

Heft: 3

Rubrik: So hat die Arbeiterpresse reagiert

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

So hat die Arbeiterpresse reagiert

Berner Tagwacht

Kein Bruch

Gut zwei Monate lang hat die Frage der Bundesratsbeteiligung die SP-Sektionen in der ganzen Schweiz beschäftigt, geradezu aufgewühlt. Nach der Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen war der Beschluss des SP-Parteivorstandes richtig er wurde auch fast einstimmig gefasst -, über die Weiterexistenz der Zauberformel einen Parteitag entscheiden zu lassen. SPS-Präsident Helmut Hubacher hatte im Vorfeld der Bundesratswahl einen solchen Sonderparteitag auch schon öffentlich in Erwägung gezogen.

Noch Anfang Januar schien es, der SPS-Kongress werde mit deutlicher Mehrheit den Austritt beschliessen. Doch dann kam eine ungeheure Bewegung in die Sektionen. Es wurden immer mehr Zweifel laut, ob ein sofortiger Auszug aus dem Bundesrat in der heutigen Zeit die strategisch richtige Massnahme sei, ob ein «Hinausschleichen aus der Verantwortung», wie ein Rückzug genannt wurde, von den sozialdemokratischen Wählerinnen und Wählern honoriert werde. Ein «gewöhnlicher» Parteitag wird normalerweise von den grösseren städtischen Sektionen leicht dominiert. Diesmal gab es eine «Levée en masse» der kleineren Gliederungen. Genau 300 Delegierte — fast doppelt so viel wie aus dem Kanton Zürich - kamen aus bernischen SP-Sektionen in den Kursaal, und sie haben sich in ihrer grossen Mehrheit für den Verbleib im Bundesrat entschieden, was aufgrund der vorangegangenen Ausmarchungen zu erwarten gewesen war. Wir wissen es schon lange: Die Stärke der bernischen Sozialdemokraten besteht in ihrem guten Organisationsgrad auch in den ländlichen Regionen des Kantons, und diese Stärke hat sich nun über die Delegiertenzahl auch auf den Ausgang dieses Sonderparteitages, allerdings nicht alleinentscheidend, ausgewirkt. Die Frage der «Zauberformel» hat die Sektionen aber nicht nur mobilisiert, sie hat sie auch politisiert. Es sind durch die Diskussion Impulse wach geworden, die in den kommenden Monaten und Jahren fruchtbar werden können.

Die unterlegene Minderheit ist nicht einfach geschlagen. Sie hat sich übrigens mit Ausnahme nur weniger Heisssporne auch überaus fair verhalten. Gewiss, es war die Spannung zu spüren, aber sie hat die Partei nicht in die Nähe eines Bruchs geführt. Die Besonnenheit der Austrittswilligen - auch die Parteitagsleitung blieb immer souverän — ermöglicht es, dass nun gemeinsam wieder Sachfragen angegangen werden können. Die Minderheit verdient darum Dank; wir brauchen sie, die auch mit dem Herz denken.

Freier Aargauer / Volksrecht

Richard Müller

Mehr Rücksicht

Der SPS-Parteitag habe in einer Sachfrage entschieden und nicht über Personen: Hinter dieser Feststellung von Parteipräsident Helmut Hubacher steht zweifellos nicht nur die grosse Mehrheit der Delegierten, sondern auch eine Mehrheit jener vielbeschworenen «Basis», die da für ein Wochenende aus ihrer Passivität erwacht ist.

Schon die Diskussion vor dem Parteitag drehte sich vorwiegend um die Sache, die Person — Otto Stich — blieb im Hintergrund. Es ist nun einzelnen «Siegern» vorbehalten, die im grossen ganzen sehr gehaltvolle parteiinterne Diskussion nun im nachhinein zu entwerten — indem sie eben doch noch zu einer Personenfrage gemacht wird.

Nun geht es nicht mehr um Otto Stich, sondern um Helmut Hubacher. Und der Wortführer der «schlechten Sieger», die ihre Mehrheit in der Sache nun auch noch zu einem Triumph über Personen machen möchten, heisst — wen wundert's (?) — wieder einmal Félicien Morel, sekundiert von Leuten wie Nationalrat Eggli. Ihr Sprachrohr, auch das kein Wunder: der «Blick»...

Die Treibiagd auf den SPS-Präsidenten hat ja schon vor dem Parteitag begonnen. Und die erwähnten Prominenzen haben sich schon vorher von bürgerlichen Kreisen dafür einspannen lassen. Peter Bichsel hat in Bern an ihre Adresse gesagt: «Ich finde es beschämend, dass es Leute gibt in dieser Partei, die auf den Flügeln der Dolchstosslegende gegen Helmut Hubacher ihre politische Karriere machen wollen.» Bichsel nannte keine Namen, denn diese Karrieristen «mögen Genossen sein, meine Genossen sind sie nicht», und er «möchte, dass man diese Namen schon bald wieder vergisst».

Dem ist kaum etwas beizufügen. Abgesehen davon, dass der Journalist nicht um Namen herumkommt. Weil es spätestens im Herbst, am ordentlichen Parteitag in St. Gallen, wieder um Namen gehen wird. Und weil sich spätestens dann zeigen

wird, dass der «Verlierer» Hubacher, dem durch die Bank eine sehr souveräne Führung des Parteitages gutgeschrieben wird, in der Partei sehr viel mehr Rückhalt hat als der (vermeintliche) «Sieger» Morel.

Peter Stöckling

Solothurner AZ

Versteckte Zeichen

Die Sozialdemokraten bleiben im Bundesrat. Mit der nach letzten Prognosen erwarteten Deutlichkeit entschied sich der ausserordentliche Parteitag der SPS für einen weiteren Verbleib in der Landesregierung. Die über 1300 Delegierten konnten sich nicht entschliessen, das von vielen geforderte Zeichen gegen eine bürgerliche Politik zu setzen. Und vielleicht hat die «politische Vernunft» recht: mit Zeichen macht man noch keine neue Politik. Die Frage ist dann nur, womit man denn beginnen soll.

Der weitere Entscheid des Parteitages, keine Urabstimmung über die Regierungsbeteiligung durchzuführen, mag ebenfalls vernünftig sein. Die Luft kann einem auch ausgehen, wenn man nur noch Rückzug bläst. Aber vielleicht ist für viele jetzt gar nichts mehr da, wo sie noch Luft holen könnten für ihre weitere politische Arbeit. Und wahrscheinlich ist Politik nicht für Leute, die Hoffnungen brauchen dazu. Es scheint so, dass der gute Politiker heute im besten Fall noch das Schlimmste verhindern kann. Die vernünftige Politik von gestern verträgt unsere Hoffnungen nicht mehr. Sie sind zu gross geworden für die kleinen Schritte, die in der Vernunft gemacht werden.

Allerdings: die SP soll dennoch die Partei der Hoffenden bleiben. Das wurde am Parteitag nicht nur einmal gesagt. Und deshalb wurde nach den Debatten und Abstimmungen ein kleines «Oppositionsprogramm» veröffentlicht. Das Verbleiben im Bundesrat bedeute nicht die Fortsetzung der bisherigen Konkordanzpolitik, heisst es darin. Und wenn immer nötig werde die SP eine «oppositionelle Konkurrenzpolitik» praktizieren.

Die Reaktionen der bürgerlichen Parteien blieben auch darauf nicht aus. Hier hatte man schliesslich versucht, die SP zur Vernunft zu bringen und sie vor Oppositions-Kapriolen zu bewahren. Bedingungen habe die SP keine zu stellen, tönte es da. Man weiss hier, dass man nur brave Kinder an der Hand führen kann. Und es ist nicht das erste Mal, dass man hier Politik als Sonntagsspaziergang verstanden wissen will.

«Verwandeln wir eine schwache Spitze in eine starke Basis». Mit diesem Satz forderte eine Delegierte am Parteitag den Rückzug aus dem Bundesrat. «Unsere Bundesräte wären stärker, wenn es die Basis auch wäre.» Mit diesem Satz sprach sich ein Nationalrat für den Verbleib der SP im Bundesrat

Wahrscheinlich hätten beide recht, wenn sie die gleiche Basis meinen würden. Wenn eine starke Basis nur dann stark ist, wenn sie sich auch brav zeigt, dann sind schwache Bundesräte eben möglich.

Es ist in der Politik nicht möglich, zugleich brav und stark zu sein. So wie es nicht möglich ist, zugleich im Bundesrat vertreten zu sein und als Opposition auftreten zu wollen. Wer drin bleibt, darf nicht zu laut auftreten. Und Zeichen muss man dort verstecken. Man darf sich dann nur nicht wundern, wenn sie niemand sehen will.

Jakob Fuchs

Wir brauchen euch!

Obwohl am Parteitag auch von Gefühlen gesprochen worden war, blieben die Emotionen weitgehend auf der Strecke. Wahrscheinlich weil das Ergebnis von vornherein klar war. So hatte sich denn auch meine Enttäuschung über den Verlust einer Hoffnung schon vorher Luft gemacht. Doch ich habe etwas vom Parteitag nach Hause getragen. Nämlich die Überzeugung, dass es in dieser Partei viele Leute gibt, die weiterkämpfen wollen. Nur waren das eben Delegierte.

Wie werden die Jungen, Frauen und Aktivisten, die in Bern nicht dabei waren, den Entscheid verkraften? Ich verstehe deshalb den Appell von Lilian Uchtenhagen, in dem sie alle Jungen, Aktivisten und Frauen bat, diesen demokratischen Entscheid zu akzeptieren und der Partei die Treue zu halten. Und ich möchte mich ihrem letzten Satz anschliessen: «Wir brauchen euch — nur mit euch können wir die Partei der Hoffenden sein!»

Nach dem klaren Abstimmungsergebnis am Parteitag war die Versuchung für die Befürworter der Regierungsbeteiligung gross, diesen Beschluss noch durch eine Urabstimmung zu unterstreichen. Ich bin froh, dass nur ganz wenige Delegierte sich dafür erwärmen konnten. «Wer jetzt eine geschlossene Einheitspartei will, der zerstört sie ganz. Wir waren immer mehrere Parteien in einer. Wir mussten es sein in diesem Einparteienstaat, wo nur jene mitmachen dürfen, die ihm gleichen», hatte Peter Bichsel gesagt. Die Austrittsbefürworter werden deshalb weitermachen - wie die Bundesräte drin blei-

